«Gehen Sie nicht auf schmeichelhafte Spiele ein»

Tipps, Netzwerken und Erfahrungsaustausch am Gemeindeseminar

Am Mittwoch standen die «Finanzen» im Fokus des 24. Fricktaler Gemeindeseminars. Mit ihrem Referat über «Gemeinden im Spannungsfeld der Ansprüche» sorgte Renate Gautschy für einen stimmungsvollen und interessanten Einstieg ins Nachmittagsprogramm.

Bernadette Zaniolo

Renate Gautschy und Josef Bernet sorgten dafür, dass das «Dessert» oder die Nachmittagskost «Finanzen» am Gemeindeseminar vom Mittwoch nicht trocken ausfielen. Fotos: Bernadette Zaniolo

FRICK/FRICKTAL. «Wir ändern die Flughöhe» sagte Repla-Präsident Christian Fricker, bei der Eröffnung des Nachmittagsprogramms. Das hiess «nicht mehr so hoch» oder vom «Allgemeinen» mehr in die Praxis. Hier machte Renate Gautschy, Grossrätin und Präsidentin der Gemeindeammännervereinigung (GAV) gleich zu Beginn ihres Referates klar: «Führen, entscheiden und Verantwortung übernehmen sind wichtig.» Den neugewählten Gemeinderatsmitgliedern aus den 35 Vertragsgemeinden von «Fricktal Regio» verdeutlichte sie gleich die Erwartungshaltung einzelner Personen oder Gruppierungen. «Richten Sie das Leben nicht nach den Erwartungen anderer Leute aus und gehen Sie nicht auf schmeichelhafte Spiele ein», so der Rat der langjährigen Frau Gemeindeammann von Gontenschwil. Denn nach dem Motto: ein neuer Besen kehrt besser, würden die Wünsche und Ansprüche, die man bei den Vorgängern nicht durchgebracht habe, gerne den neuen Behördenmitgliedern «schmackhaft» gemacht. Sie machte aber auch klar: Anspruchshaltungen müssen und dürfen da sein. «Reden Sie über Erwartungen und Anspruchshaltungen.»

«Investoren sind offen für Wünsche der Allgemeinheit»

Gautschy gab auch gleich ein Beispiel, wie Gemeinden, deren Finanzlage nicht so gut sei, dennoch Projekte realisieren können. «Investoren sind offen für Wünsche der Allgemeinheit.» So solle man das ausgesprochene Lob über die rasche Abwicklung der Baubewilligung und einen für die Allgemeinheit in Aussicht gestellten Obolus nutzen. Zum Beispiel in dem man erwähnt, dass man da schon ein Projekt, etwa die Realisierung eines Spielplatzes, wüsste.

Gautschy riet auch, nicht einfach vom Finanzplan zu reden, sondern immer vom Aufgaben- und Finanzplan. Pro Investitionsfranken solle auch ein Franken in die Kommunikation investiert werden. Die Kommunikation sei wichtig. Bei der bevorstehenden Abstimmung im Bereich Wald solle man das Waldgesetz und die Erholung nicht vermischen, also nicht einfach nach dem Herz entscheiden. Klarheit schaffte sie auch bezüglich ihrer eigenen Wünsche, beziehungsweise eines Wunsches: Sie hat nämlich Rennfahrerblut in ihren Adern und möchte gerne einmal die Lauberhorn-Abfahrtsstrecke absolvieren.

«Sportlich» kündigte Christian Fricker auch den Finanzverwalter von Frick an. Dieser habe nämlich ein Heimspiel. Josef Bernet bezeichnete es jedoch als unter «Aufsicht meiner Chefs». «Am Anfang steht der Wunsch oder der Zwang» einer Investition. Es sei wichtig, dass alle bewilligten Projekte in die Investitionsplanung aufgenommen würden. Parameter würden für einen guten Überblick sorgen. Wichtig sei eine stete Aktualisierung des Finanzplanes. Es gibt Projekte, von denen man weiss, dass sie kommen, aber nicht wann. Deshalb seien auch sogenannte «Pro Memoria»-Beträge im Investitionsprogramm festzuhalten. Er zeigte aber auch auf, dass ein Drittel der rund 35 Millionen Umsatz von Frick «Transferaufwand» sind, so für übergeordnete Aufgaben wie regionalisierte Betriebe (Polizei, Gemeindeverband usw.) Und wenn plötzlich mehr Zinsen für die Beschaffung der finanziellen Mittel bezahlt werden müssten, führe ein Prozent bereits zu einer starken Veränderung.

Zukunftsraum Aarau entwickelt sich

Leitbild der zukünftigen Stadt Aarau verabschiedet

Das Projekt «Zukunftsraum Aarau» geht in die nächste Runde und bereitet sich auf die Fusionsanalyse vor. Soll die Kantonshauptstadt am Jurapark Aargau mitmachen oder nur der «Stadtteil» Densbüren?

Fabio Staubli

AARAU. Nun ist es offiziell, das Leitbild zur möglichen neuen, vergrösserten Kantonshauptstadt wurde verabschiedet. Dies beschlossen die rund 300 geladenen Teilnehmer am Mittwoch an der Ergebniskonferenz in Aarau Rohr. Die Thesen, welche im Leitbild zu finden sind, wurden an der Hauptkonferenz vom Oktober 2017, sowie an den Gemeindeveranstaltungen im November 2017 festgelegt. So sollen beispielsweise ständige Wahlkreise die Vertretung der einzelnen Stadtteile und Fusionsgemeinden an der politischen Führung – sprich im Einwohnerrat – sicherstellen. Quartiervertretungen sollen eine direkte Verbindung zwischen Behörden und Quartierbewohnern schaffen. Angedacht ist eine gemeinsame, an mehreren dezentralen Standorten geführte Verwaltung. Dadurch sollen die einzelnen Stadtteile gestärkt und besser in die neue Kantonshauptstadt eingebunden werden. Die Rede ist weiter von «starken Volksschulen und ihren Standorten in den Stadtteilen», welche die Attraktivität der Stadt erhöhen sollen. Mit einer gemeinsamen Bewirtschaftung der Infrastruktur will man Kosten einsparen. Angestrebt werden eine gesunde finanzielle Basis und attraktive Steuern. «Steuern und Gebühren», lautet eine These, «richten sich nach den Angeboten.»

Die Steigerung der allgemeinen «Attraktivität» der Kantonshauptstadt zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Leitbild. So heisst es in einem weiteren Abschnitt der Fusionsanalyse, man wolle «im kantonalen und nationalen Wettbewerb mit ansprechenden Rahmenbedingungen eine innovative sowie nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung fördern.»

Beteiligung am Jurapark?

Daneben gibt es auch spezifische Aspekte, die nur eine einzelne Gemeinde betreffen. Es geht um die Frage, ob sich die gesamte Kantonshauptstadt am Jurapark Aargau beteiligen kann und soll. Eine Frage die insbesondere für die Gemeinde Densbüren von Interesse ist, da sie schon zum jetzigen Zeitpunkt an eben jenem Park beteiligt ist. Nach dem partizipativen Prozess der Leitbild-Erstellung folgt nun die Fusionsanalyse. Bei diesem Prozess werden vermehrt Fachgruppen und externe Fachleute hinzugezogen. Wie die weiteren Aspekte der Fusionsanalyse ausgearbeitet werden, wird sich erst im Verlauf dieses Jahres und im ersten Halbjahr des nächsten Jahres zeigen.

STIMMEN ZUM GEMEINDESEMINAR

Interviews/Fotos: Fabio Staubli

Gabriele Wieser, Vizeammann, Oeschgen

«Eine solche Veranstaltung ist immer gut, um wieder eine grobe Übersicht über die aktuellen Themen zu bekommen. Insbesondere die zahlreichen Fachleute, die hier anwesend sind, welche bei Fragen höchst kompetent antworten, sind ein Anreiz an diesem Seminar teilzunehmen.»

Peter Weber, Gemeindepräsident, Mettauertal

«Nun ist dies schon das 16. Gemeindeseminar, an dem ich teilnehme, von daher geht es für mich in erster Linie um den Kontakt mit Kollegen, sich austauschen und wie man so schön sagt «Netzwerken». Natürlich tauscht man sich dabei auch über innerbetriebliche Themen aus, die für die Öffentlichkeit nicht von allzu grossem Interesse sind.»

Marion Wegner, Gemeinderätin, Wallbach

«Da ich relativ neu im Gemeinderat bin und daher dies mein erstes Gemeindeseminar ist, bin ich sehr gespannt, neue Eindrücke, Informationen und vor allem einen guten Überblick zu erhalten. Wenn man neu ist, ist es immer hilfreich, sich effektiv und schnell einzubringen.»

Barbara Fricker, Gemeindeammann, Wölflinswil

«Ich bezeichne solche Seminare oder Versammlungen gerne als Weiterbildungen für uns. Durch die vielen und auch sehr kompetenten Referenten bekommt man unheimlich viele neue Informationen und erweitert sein Wissen. Dennoch ist das Wichtigste von allem der Austausch mit Kollegen, da es nicht so oft die Möglichkeit gibt, so viele in einem Raum versammelt anzutreffen.»

Walter Jucker, Vizeammann, Rheinfelden

«Es gibt zwei Themen, die an diesem Seminar mein Augenmerk haben. Das sind die Finanzen und der Verkehr. Diese Themen sind meines Erachtens momentan am wichtigsten und sind auch immer von Bedeutung für die Bevölkerung, ganz besonders der Verkehr.»

Inserat

JA SRG: Service public ohne Billag-Abzocke!

Die SRG ist zu gross und zu schwerfällig geworden. Sie ruiniert mit ihren Steuermilliarden und ihrer aggressiven Ausdehnung die privaten Medienhäuser. Bezahlen müssen das die Bürger über die Billag-Mediensteuer. Die Wirtschaft wird sogar doppelt besteuert.